

## Für die Schweizer Luftfahrt wichtige Abstimmungen am 29. November

Am 29. November wird über die «Spezialfinanzierung Luftverkehr» und die Kriegsmaterial-export-Verbotsinitiative abgestimmt. Beide Vorlagen sind für die Schweizer Luftfahrtbranche enorm wichtig. Mit einer **Anpassung der Verfassung** wollen Bundesrat und Parlament die Voraussetzung schaffen, damit ein Teil der Erträge aus der Flugtreibstoffbesteuerung künftig in die Luftfahrt zurückfliessen. Verfassungsänderungen müssen zwingend dem Souverän vorgelegt werden, deshalb wird über die «Spezialfinanzierung Luftverkehr» am 29. November abgestimmt. Bisher fliessen die von der schweizerischen Luftfahrt bezahlten Abgaben auf Flugtreibstoffen für **Inlandflüge** dem Bundeshaushalt und dem Strassenverkehr zu. Künftig sollen 50 Prozent der Mineralölsteuer sowie der gesamte Mineralölsteuerzuschlag auf den Flugtreibstoffen für die Inlandflüge – rund 44 Millionen pro Jahr – für Massnahmen in den drei Bereichen technische Sicherheit (**Safety**), Schutz vor Terrorismus (**Security**) und Umweltschutz (**Lärmschutz**) in der Luftfahrt verwendet werden. Ein Teil (rund 20 Millionen Franken) soll der Finanzierung der Flugsicherung auf den **Regionalflughäfen** dienen. Der «Strassenfonds» wird von der zukünftigen zweckgebun-

denen Verwendung der Kerosinsteuern nicht in spürbarem Ausmass geschmälert.

Die Vorlage ist von der **Bundesversammlung** am 3. Oktober 2008 im Nationalrat und im Ständerat gutgeheissen worden. In der Vernehmlassung unterstützten die Mehrheit der antwortenden Kantone die Vorlage sowie alle politischen Parteien (FDP, CVP, SP, SVP, LPS, CSP, EVP), die Stellung nahmen. Die Strassenverkehrsverbände sagen ebenfalls Ja. Einhellig unterstützt die schweizerische Luftfahrtgemeinschaft diese Vorlage. Die **Aerosuisse** setzt sich seit mehreren Jahren für die Vorlage ein.

Die **Gruppe für eine Schweiz ohne Armee** (Gsoa) fordert mit dem Slogan «Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen» ein Exportverbot für Wehrtechnik-Güter. Die Gsoa-Initiative würde auf Kosten Tausender Arbeitsplätze eine kompetitive Branche zerstören. Ohne eine entsprechende Nachfrage können keine Arbeitsplätze im zivilen Bereich geschaffen werden. Die Gsoa-Initiative wird von Bundesrat und Parlament, von den bürgerlichen Parteien, von den Verbänden der Wirtschaft sowie von allen ausserdienstlichen Miliz-Verbänden und -Organisationen bekämpft. *hjb*

[www.sichere-luftfahrt.ch](http://www.sichere-luftfahrt.ch) / [www.asuw.ch](http://www.asuw.ch)

